

Bima soll Heidelberg weiter entgegenkommen

Fachpolitiker Chris Kühn von den Grünen war zu Gast – Das Wohnungspolitische Konzept für die Südstadt hält er für vorbildlich

Von Steffen Blatt

Chris Kühn könnte in einem Jahr ein gefragter Gesprächspartner sein – noch gefragter als jetzt. Der 37-jährige Tübinger ist Bundestagsabgeordneter und wohnungspolitischer Sprecher der Grünen. Und sollte seine Partei nach der Bundestagswahl im kommenden Jahr in die Regierung einziehen – in welcher Konstellation auch immer –, könnten auf den Fachpolitiker höhere Aufgaben warten. Keine schlechte Idee also, ihn schon jetzt nach Heidelberg einzuladen, dachten sich die örtlichen Grünen und ihre Abgeordnete Franziska Brantner. Und so war Kühn kürzlich in der Stadt, um sich vor allem über die Nachnutzung der ehemaligen US-Flächen (Konversion) zu informieren.

Mit einem Heidelberger Projekt hat sich Kühn bereits intensiv beschäftigt. Denn er war Jurymitglied des Förderprogramms „Nationale Projekte des Städtebaus“, aus dem die Stadt 5,9 Millionen Euro für das „Grüne Band des Wissens“ bekommt, das verschiedene Wissensorte in der Südstadt durch Grünflächen und Plätze verbinden soll – von der Chapel über das geplante „Mark Twain Center für transatlantische Studien“ in der ehemaligen Kommandantur und das Torhaus (dort wird eine private Hochschule einziehen) bis zu den früheren Stallungen und der Kutschenhalle, wo der Karlstorbahnhof und Kreative eine neue Heimat finden sollen. „Die Konversion ist eine große Chance für die Stadt“, sagte Kühn

bei einem Pressegespräch in den Räumen der städtischen Konversionsgesellschaft im „Eddy House“ in der Südstadt.

Vorher hatte er sich unter anderem mit Konversionsbürgermeister Hans-Jürgen Heiß und Peter Bresinski, dem Geschäftsführer der städtischen Wohnungsgesellschaft GGH, ausgetauscht. Vor allem deren Engagement als Teil der „MTV Bauen & Wohnen GmbH“, die in der Südstadt die Wohnungen in Mark Twain Village (MTV) entwickelt, lobte der Grünen-Politiker. Das wohnungspolitische Konzept, das dort 70 Prozent preisgünstige Wohnungen in Miete oder Eigentum vorsieht, ist für Kühn „vorbildlich“: „Das wurde in dieser Form zum ersten Mal in Heidelberg verwirklicht.“

Wie bei allen Konversionsflächen hat auch bei MTV und den angrenzenden Campbell Barracks die Stadt zunächst alle Flächen gekauft. Dabei muss sie mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) verhandeln, die nach dem Abzug der Amerikaner automatisch Eigentümerin der Areale wird – und die eigentlich laut Gesetz beim Verkauf marktübliche Preise erzielen muss. Doch die Bima kann Rabatte geben, wenn auf den Flächen etwa günstiger Wohnraum entstehen soll.

„Dieser Beschluss des Bundestags muss noch besser umgesetzt werden, etwa bei den Verhandlungen zum Hospital-Gelände. Bei MTV und den Campbell Barracks hat Heidelberg davon noch nicht profitiert“, so Kühn.

Überhaupt ist der Fachpolitiker überzeugt, dass die Wohnungspolitik – anders als noch vor fünf Jahren – eine überragende Bedeutung hat. „Das ist eines der Themen, an dem sich entscheidet, wie sich der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft entwickelt. Und wenn meine Partei klug ist, wird sie die Wohnungspolitik zu einem zentralen Feld im Bundestagswahlkampf machen“, sagte Kühn. Denn gerade wenn es um bundeseigene Flächen und deren Nutzung gehe, könne

man noch viel mehr machen als in der aktuellen Legislaturperiode. Auch würde sich Kühn eine bessere Förderung von Genossenschaften wünschen, die für preiswerten Wohnraum sorgen. „Für solche Zusammenschlüsse gibt es keine Steuerprivilegien. Das wollen wir ändern.“

Hier meldete sich Christoph Nestor zu Wort, Organisationsleiter des Heidelberger Mietervereins und selbst bei den Grünen aktiv: „Wir würden uns wünschen, dass sich auch in Baden-Württemberg die Oberen dieses Themas annehmen. Hier gibt es viele Städte mit Wohnungsproblemen.“ In Heidelberg etwa seien vor allem die Menschen betroffen, die keine staatlichen Hilfen bekommen, weil sie knapp über den jeweiligen Einkommensgrenzen lägen.

Genau die haben es laut Nestor auf dem freien Markt unglaublich schwer, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Da musste Kühn natürlich seine Parteikollegen in Stuttgart verteidigen. „Das Land hat umgesteuert, es stehen 250 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. Der Koalitionsvertrag mit der CDU wurde in diesem Punkt gut verhandelt. Ich habe die Hoffnung, dass wir damit einen Schritt weiterkommen.“



Jörg Schmidt-Rohr (Verein für berufliche Integration, v.l.) schaute sich mit Bau-Bürgermeister Hans-Jürgen Heiß, Grünen-Stadtrat Manuel Steinbrenner, der Abgeordneten Franziska Brantner, Chris Kühn, Christoph Nestor und Gerd Schaufelberger von der Jugendagentur die Konversionsflächen vor Ort an. Foto: Rothe